

Hannover, 28. Februar 1949

Politik / IV / 25

Wir beißen nicht an

Von Willy Brandt, Berlin

Die SED hat sich veranlasst gesehen, von dem famosen Friedensvorschlag einer Weddinger Nervenärztin Abstand zu nehmen und ihn als ein feindliches Pressemanöver hinzustellen. Nach diesem Plan sollten die Engländer und Franzosen nach Hause gehen, während den Amerikanern und Russen der Rückzug ihrer Truppen auf ein westliches bzw. östliches Randgebiet Deutschlands empfohlen wurde. Berlin sollte bis zum Abschluss des Friedensvertrages mit einer einheitlichen deutschen Regierung von allen vier Mächten besetzt bleiben. Es lag kein vernünftiger Grund vor, das geniale Projekt eines kleinen Moritz zum neuesten Moskauer Plan zu machen, wie es einige Blätter von Weltruf getan haben. Andererseits scheint es klar zu sein, dass wir es mit etwas mehr als einem privaten Vergnügen von Frau Dr. Korn zu tun haben. Während der Bonner Pause sind mehrere Angeln ausgelegt worden und andere werden folgen. Mehr oder weniger gut getarnte Beobachter registrieren, wer anbeißt.

In diesem Zusammenhang ist es nicht ganz uninteressant, dass sich der ostzonale CDU-Nuschke in Begleitung zweier Leipziger Parteifreunde nach dem Westen begeben hat. Die Reise soll mit der SWA bis ins Einzelne abgesprochen worden sein. Karlshorst hat den Wunsch geäußert, dass sich Vertreter anderer Landesverbände ebenfalls auf Geschäftsreisen begeben. Als Nuschke losfuhr, schrieb seine Berliner "Neue Zeit", die gesamte Verfassungsarbeit des Parlamentarischen Rates sei illusorisch geworden. Georg Dertinger, der ostzonale CDU-Sekretär, der vor einigen Wochen bei kirchlichen und anderen Persönlichkeiten im Westen avisiert worden war, hat sich in Magdeburg über aussenpolitische Fragen geäußert. Das Völkerrecht sei unsere einzige Waffe und das für uns wichtigste völkerrechtliche Dokument sei in Potsdam unterschrieben worden. In Eisenach ist Professor Kastner, Pieck und Nuschkes Kollege im Präsidium des sogenannten Volksrates, die Führung der Ost-LDP übertragen worden. Ein Kernstück seiner Begründung einer einseitig östlichen Festlegung war die Behauptung, allein der Osten und Südosten Europas seien für die deutsche Industrie aufnahmefähig.

Ähnlich argumentiert der Neuheimer Kreis mit seinem Würzburger Professor Noack, der sich ausserdem noch für eine Art von Neutralisierung einsetzt, die die Kommunisten geradezu als eine Einladung betrachten. "Das Neue Deutschland" hat sich mit höchstem Lob über Noack geäussert. Eine Teilung der Welt in zwei Blocks sei durchaus nicht naturnotwendig, fügte das sedistische Zentralorgan hinzu. Gerade eine Verständigung in der deutschen Frage könne zu einer echten Zusammenarbeit der Mächte in der UN führen.

Als das nervenärztliche Friedensprojekt dementiert wurde, war in der eben zitierten Zeitung davon die Rede, dass der Westen vor einem Friedensgespräch Angst habe. Es ist demnach ziemlich klar, womit wir es zu tun haben. Die Unentschlossenheit, die bei der Behandlung des Besatzungsstatuts und des Grundgesetzes wiederholt festgelegt werden müsste, könnte von den Kommunisten und ihren Hintermännern in der Tat leicht als Ermutigung aufgefasst werden. Dasselbe gilt für manche Stellungnahme der westlichen Presse. Man braucht nur an die überraschend verständnislose Einstellung des "Manchester Guardian" zu aktuellen Berliner und deutschen Fragen denken oder an den neuerlichen Versuch Walter Lippmanns, die Sowjets mit dem Vorschlag eines neutralen Puffergürtels, zu dem auch Deutschland gehören sollte, zu beruhigen.

Der Osten geht bei allem ohne viel Schwankungen den Weg, der durch wirkliche oder vermeintliche Interessen der Sowjets vorgeschrieben ist. Die Gerüchte über die Umwandlung der DWK in eine ostzonale Regierung haben festere Formen angenommen. Auch von Grenzkorrekturen in Schlesien ist wieder einmal die Rede. Dertinger sprach in Magdeburg davon, dass die Ostzone schon jetzt die völkerrechtliche Anerkennung durch den Osten und den Südosten erfahren habe. Botschafter Semjonow wacht aber darüber, dass die Zweigleisigkeit erhalten bleibt. Er hat erst vor wenigen Tagen wieder erklärt, Ruhrabkommen und Besatzungsstatut seien ohne jede juristische und moralische Kraft. Die Sowjets möchten in der Ostzone weiterhin tun, was ihnen beliebt und zugleich eine Lage herbeiführen, in der sie die gesamtdeutsche Karte ausspielen können. (ths/282/1/he)

Zilliacus als Labour-Kandidat abgelehnt

(sp) Dem bekannten Labour-Abgeordneten Conni Zilliacus, der den Wahlbezirk Gateshead im englischen Unterhaus vertritt, ist vom National-Exekutivkomitee der Labour Party mitgeteilt worden, dass ihm die Partei bei einer Kandidatur für die Wahlen 1950 nicht unterstützen werde. Das bedeutet, dass Zilliacus nicht mehr für die Labour Party kandidieren kann, obwohl ihn sein Wahlbezirk wieder aufgestellt hatte. Der Entschluss des Exekutivkomitees ist zweifellos auf die betont kommunistenfreundliche Haltung Zilliacus zurückzuführen, derentwegen er mit der Parteileitung wiederholt in Konflikt geraten ist. Er gehörte zu den Unterzeichnern des sog. Nenni-Telegramms und trat jüngst auch im Krawtschenko-Prozess als Zeuge offen für die Sowjetunion ein. (m/B65/282/1/he)

Schlechte Sache - schlechte Mittel

Von Herbert Kriedemann, Frankfurt

Die sozialdemokratische Kritik an Dr. Fünders Vorschlagsliste für Treuhänder in der Stahlindustrie richtete sich vor allem gegen das Kernstück der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, zu deren Verteidigung die besitzbürgerlichen Parteien eigentlich erfunden worden sind: gegen die schwerindustriellen Konzerne an der Ruhr. Deshalb passte auch das Plädoyer der beiden Vorsitzenden der CDU und FDP für ein System, das viel mehr als andere reaktionäre Kräfte unmittelbar verantwortlich ist für die gegenwärtige deutsche Not, völlig in das Bild der von diesen Parteien betriebenen Wirtschaftspolitik. Die Eindeutigkeit ihres Bekenntnisses ist eher zu begrüßen, weil sie die Fronten klar erkennen lässt. Das gleiche gilt für die unmissverständliche Äusserung des Herrn Blücher, dass die bürgerlichen Parteien von heute mehr kämpferischen Geist besäßen als es in der Weimarer Republik leider der Fall gewesen sei. Solche offenen Kampfansagen werden am ehesten dazu beitragen, der arbeitenden Bevölkerung den ganzen Umfang der Gefahr begreiflich zu machen, in der sie sich deswegen befindet, weil das Dazwischentreten der Siegermächte die innerdeutsche Auseinandersetzung mit den Urhebern und Nutznießern des Nationalsozialismus bis heute noch verhindert hat.

Bemerkenswert ist nur, dass auch jetzt wieder zur Verteidigung der materiellen Interessen einer sehr kleinen Schicht mit den gleichen Mitteln gearbeitet wird, die sich zum nämlichen Zweck nach dem ersten Weltkrieg so "bewährt" haben: mit der Aufpeitschung nationalistischer Instinkte. Der Vorsitzende der CDU-Fraktion hat dem Sprecher der SPD unterstellt, er wolle "vor der Militärregierung Deutsche gegen Deutsche ausspielen."

Wer die Bemühungen verfolgt hat, die die SPD im Hauptausschuss des Wirtschaftsrates zweimal unternahm, um Fünders vor der amtlichen Überreichung eines Vorschlages abzuhalten, der mehr Konzernvertreter als Gewerkschaftler enthält, konnte keinen Zweifel daran haben, aus welchen Gründen die Opposition auf eine öffentliche Behandlung bestand. Durch Fünders Weigerung wurde daraus nichts. Wenn nicht alle Deutschen in den Verdacht kommen wollen, mit seiner Liste ebenso einverstanden zu sein, wie die Parteien der Mehrheit, dann müsste die Frage trotz der bisher vertraulichen Behandlung nunmehr da anhängig gemacht werden, wo die letzte Entscheidung fällt - im Ruhrgebiet zum Beispiel.

Was den Kern der Verleumdung anlangt, so ist folgendes zu bemerken: Die Sozialdemokraten können nach allen ihren Erfahrungen von sich aus gar nicht auf die Idee kommen, dass es aussichtsreich sein könnte, ihre Bedenken gegen die provozierende Beteiligung von

Repräsentanten einer bestimmten, von der Sozialdemokratie konsequent abgelehnten Wirtschaftsgesinnung gerade gegenüber der Militärregierung auszusprechen. Ihre ernste Sorge über eine sehr gefährliche Entwicklung, die - aus Unkenntnis oder Verkennung historisch begründeter Notwendigkeiten seitens der Militärregierung - zu einer sehr einseitigen Besetzung wirtschaftlicher Schlüsselstellungen geführt hat, lässt keinen Raum für solche Illusionen. Schliesslich handelt es sich hier auch um Gegensätze, die nicht erst seit der Besetzung Deutschlands durch die Siegermächte entstanden sind, sondern vielmehr um Tatbestände, die endgültig nur aus eigenem deutschen Willen bereinigt werden können. Deshalb appelliert die Sozialdemokratie auch nur an die deutschen Kräfte, die Garanten für eine ehrliche Politik des Friedens und der Demokratie sind und sie weiss sich darin einig mit den Gewerkschaften, die in Deutschland ja auch nicht erst eine durch die Besetzung geschaffene Einrichtung sind. (fs/272/B/1/he)

Das englische Dilemma

Dr. M., London, im Februar

Der freundliche Empfang, der dem Berliner Oberbürgermeister Reuter in London zuteil wurde, darf nicht über die wirkliche Lage hinwegtäuschen. Prof. Reuter symbolisiert Berlin und man zollt Berlin Anerkennung und Tribut in seinem Kampf für die westliche Demokratie. Im Alltag freilich überwiegen noch die Stimmungen, die in den letzten Monaten des vergangenen Jahres Platz griffen und heute durch die Angst vor der deutschen Konkurrenz auf dem Weltmarkt ergänzt werden. Die englische Deutschland-Politik steht am Scheidewege. Es gab in dieser Politik seit Kriegsende keine feste Linie, im Gegenteil, sie schwankte und war zu jeder Zeit von der internationalen Lage, insbesondere vom Verhältnis zu Moskau abhängig, am stärksten aber, wenn auch oft zögernd, von der Rücksicht auf Amerika bestimmt. In einer Hinsicht war sie stets konsequent: die Interessen des König- und Weltreiches standen immer an erster Stelle ohne Rücksicht auf ideologische Verbundenheiten. Das gilt auch von der Politik gegenüber Nachkriegs-Deutschland.

Durch den Verlust der Auslandswerte infolge des Krieges war England, um sich von den Kriegsfolgen zu erholen, zu einem forcierten Export auf Kosten des eigenen Lebensstandards verwiesen. Das führte zur Eroberung von Exportmärkten, die früher zum Großteil von der deutschen Industrie beliefert wurden. Solange die deutsche Industrie darniederlag, war dieser Weg des geringsten Widerstandes leicht zu beschreiten. Mit dem Anstieg der deutschen Exportzahlen aber schmelzen die bisher errungenen Vorteile dahin. Man ist daher vor die Entscheidung gestellt, ob man durch

planmäßige Zusammenarbeit den Wettbewerb in vernünftige Bahnen lenken oder eine Halsabschneiderische Konkurrenz betreiben will. Die Entscheidung ist nicht einfach. Der Londoner sozialistische "New Statesman" tadelt Aussenminister Bevin für die unangenehme Situation, in die er das Land manövriert habe. Er schreibt, dass "die bereits totgemeinten Teufel des kapitalistischen Wettbewerbs in Westdeutschland wieder lebendig geworden seien", und distanziert zwar nicht die Labour Party, wohl aber das "Labour movement", die "Labour-Gefolgschaft", von den allgemeinen Protesten gegen die deutsche Konkurrenz. Dem steht freilich gegenüber, dass in den besonders betroffenen Industrien die Arbeitnehmer-Gewerkschaften sich dem Protest der Arbeitgeberorganisationen einmütig angeschlossen haben.

"New Statesman" glaubt, dass der Ausweg aus dem Dilemma nur in einer weitgehenden Sozialisierung der deutschen Industrie gefunden werden könne, wie sie ja auch im Wahlprogramm der Labour Party im Jahre 1945 angedeutet worden war. Es scheint aber, als ob sowohl das Foreign Office als auch die Militärregierung sich diesen Absichten bisher mit Erfolg widersetzt hätten, wobei der amerikanische Einfluss zweifellos nicht von geringer Bedeutung war. Es mag für die Labour-Regierung nicht leicht sein, Partei-, Aussen- und Besatzungspolitik unter einen Hut zu bringen. Man muss aber dem "New Statesman" recht geben mit der Ansicht, dass ein scharfer Konkurrenzkampf leicht zu politischer Feindseligkeit führen kann und die sich daraus ergebenden Folgerungen wären beiden Ländern in gleicher Weise abträglich. (b/262/2/he)

Kirsanow Propagandowitsch

Von Friedrich Stampfer

Seit einiger Zeit fröhne ich einem verbotenen Genuss. Ich lese die "Tägliche Rundschau", das von A.W.Kirsanow in Berlin redigierte Organ der russischen Besatzungsmacht. Verboten deshalb, weil die Russen die Einfuhr westlicher Zeitungen in ihre Zone unterbunden haben. Die westlichen Besatzungsmächte haben mit einem Einfuhrverbot östlicher Zeitungen geantwortet.

Die "Tägliche Rundschau" war früher einmal eine alldeutsche Zeitung. Jetzt ist sie das Organ der russischen Besatzungsmacht. Die Berliner, die keine Freunde der Alldeutschen waren, nannten sie die "Tägliche Schundsau". Diese Bezeichnung auf das Organ einer Besatzungsmacht anzuwenden, wäre nicht zulässig.

Aus der "Täglichen Rundschau" habe ich schon viel Neues gelernt. Zum Beispiel, dass die Landbevölkerung in Russland dick und rund ist, während sie in Amerika aus mageren, halbverhungerten Jammergestalten besteht. Wer das nicht glauben will, der greife

zu Nr. 35 der "Rundschau" und überzeuge sich selbst. Da sieht man die mit diskreter Eleganz angezogene Kolchosbäuerin Sinaida Kra-
menko, wie sie in ihrem wohligen, mit breitem Schiebefenster und
kunstgeschmiedetem Luster versehenen Heim ihr Baby von einer Ärztin
untersuchen lässt. Auch der Laie sieht dem kugelrunden Kinde
an, dass ihm unmöglich etwas fehlen kann. Aber Sinaida kann es
sich eben leisten. Hat doch "der Bauer Iwan Charlamov neulich
in der Stadt so viel verkauft, dass das Warenhaus zum Heim-
transport einen kleinen Lastwagen zur Verfügung stellen musste."

Zwischen Bild und Text knallt die Überschrift: DAS SIND TAT-
SACHEN.

So ist es oben rechts. Links unten sieht man ein elendes Zelt
mit einem geflickten Ofenrohr und um dieses gekauert Mann, Frau
und sieben Kinder, alle hohlwangig, zerlumpt und dem Hunger-
typhus nahe. Die Kleinen können kaum stehen auf ihren dünnen
Beinchen. Das ist der amerikanische Farmer Tom Joynes mit seiner
Familie. Text: "Was bleibt Joynes übrig? Was hat er von der Zu-
kunft zu erwarten ausser völliger Ungewissheit, drohendem Elend
und Verzweiflung?..... Tom ist zum Untergang verurteilt."

Wer kann noch zweifeln bei solchen Beweisen schwarz auf weiss?

Ähnlich wie es mit den Farmern, ist es mit den Kriegsgefange-
nen. In Russland wurden sie hochnobel behandelt, während sie von
den "amerikanischen Befreierern" - man beachte die feine Ironie der
Anführungszeichen - nur Prügel und kein Essen bekamen. Wer möchte
nicht ein deutscher Kriegsgefangener in Russland sein?

Der Marshallplan ist ein "Versklavungsplan", und wer an seiner
Ausführung mitarbeitet, ist ein "Quisling". Aber das muss man
wörtlich geniessen, Überschrift: "Deutsche Kulis in Amerika":
"Der Marshallplan, der von den zur Unterjochung Europas ent-
schlossenen anglo-amerikanischen Imperialisten als Hilfsplan ge-
tarnt wurde, hat in allen Ländern schwere Störungen der industri-
ellen Wirtschaft und wachsende Arbeitslosigkeit verursacht... Mit
Empörung haben die Werktätigen Westdeutschlands den brutalen "Be-
richt" des Marshallplan-Büros zur Kenntnis genommen, der die De-
portation von zweieinhalb Millionen Kulis nach Übersee als einzi-
gen Ausweg aus der zunehmenden Krise in Europa bezeichnet."

Im Geist sieht man schon die "werkstätigen Massen" die ameri-
kanischen Konsulate stürmen aus Verzweiflung darüber, dass sie nach
Amerika "deportiert" werden sollen, während sie vor den russischen
geduldig Schlange stehen, um in das sowjetische Himmelreich einge-
lassen zu werden. - Die "Tägliche Rundschau" ist aber eine Zeitung
nicht nur für Politik und Wirtschaft, sondern auch für Kultur. In
einem Beistartikel feiert der bekannte Oberst Tulpanow in nicht
ganz einwandfreiem Deutsch dieses Ereignis und den Dichter selbst
als einen würdigen Vorläufer des Marxismus-Stalinismus.